Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Vollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Rade vormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 40 | Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig Reklame 40 Goldpfennig, — Offertgebühren 10 Goldpfennig und Porto. — | Halver Mittwoch, den 17. Februar | Erscheint wöchentlich 6 mal. Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild", „Des Landmanns Sonntagsblatt" und „Herd und Scholle" | 1926

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die deutsche Reichsregierung hat bei den größten Völkerbundstaaten eine Demarche wegen der Zusammensetzung des Völkerbundrates unternommen.

* Der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, ist in Berlin eingetroffen, wo er Verhandlungen über die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund führt.

* Bei der Vernichtung des englischen Schlosses Cheshire mit unersetzlichen Kunstschätzen durch Feuer kamen fünf Menschen ums Leben.

* Die Handelsbilanz der nordamerikanischen Union blieb im Januar 1926 seit Jahren zum erstenmal passiv, d. h. die Einfuhr war größer als die Ausfuhr.

Wir und die anderen.

Gewiß ist es den Deutschen im Ausland, namentlich dort, wo einst deutsches Land war, in sprachlicher, kultureller und allgemein politischer Beziehung nirgends gut gegangen, — aber wie mit einem Schlage hat sich jetzt überall ein Ansturm heftigster Art auf alles erhoben, was deutsch fühlt und deutsch spricht. Mussolini in Südtirol, dann die neuesten Sprachenverordnungen in der Tschechoslowakei, die Kämpfe in Litauen um die Führung im Memelland und nun ein neuer schwerer Schlag auch in Polen. Dort ist es vor allem der „Westmarkenverein", der der Träger des grimmigsten Deutschenhasses ist, dabei jede Förderung durch die Behörden erfährt. Vorsitzender war bis vor kurzem Korfanty, dessen Werk die Gründung dieses Vereins ist. Die Deutschen haben eine Gegenorganisation im „Deutschen Volksbund", dessen Gründung von Bromberg ausging und der auch in dem uns entrissenen Oberschlesien Fuß faßte. Natürlich ist dieser deutsche Volksbund den Polen ein gewaltiger Dorn im Auge und man versuchte mit allen möglichen Mitteln, ihn des Landesverrats, nämlich der Verbindung mit der deutschen Regierung, zu überführen. Es wurden auch die berühmten Waffenfunde gemacht, indem man, wie es heißt, den „Verdächtigen" Waffen und Sprengstoffe in das Haus schmuggelte. Nun sind auch in Ostoberschlesien entsprechend den Vorgängen in Bromberg eine ganze Reihe von Verhaftungen erfolgt, Haussuchungen fanden statt und das umfangreiche Aktenmaterial des Volksbundes wurde beschlagnahmt. 26 führende deutsche Persönlichkeiten sind in das Gerichtsgefängnis Kattowitz eingeliefert worden. Außerdem inszeniert der Westmarkenverein Volksdemonstrationen gegen alles Deutsche, auch gegen den deutschen Generalkonsul, die deutschen Gewerkschaften werden bewacht und die polnische Presse fordert schärfstes Vorgehen gegen das „landesverräterische" Deutschtum. Wie vor drei Jahren in Bromberg, so wird man wohl auch in Ostoberschlesien die Verhafteten monatelang im Gefängnis festhalten, um sie eines Tages wieder zu entlassen, weil man nicht den geringsten Beweis einer Schuld zu erbringen vermag.

Die Abmachungen mit Polen über Oberschlesien stehen — das haben unzählige Beispiele bewiesen — lediglich auf dem Papier; hin und wieder vermag der Präsident der gemischten Kommission, Calonder, die schreiendsten Ungerechtigkeiten abzuwehren. Aber er kann nicht den still und zäh geführten Kampf verhindern, den das Polentum namentlich gegen die deutsche Schule führt. Mit allen Mitteln des Terrors versucht gerade der Westmarkenverein zu verhindern, daß deutsche Kinder deutsche Schulen besuchen. Tausende von solchen Schulen sind bereits geschlossen. Und wie sehr man trotz allem die Stärke dieses Deutschtums fürchtet, geht aus der einfachen Tatsache hervor, daß die in die Wege geleitete Volkszählung in Ostoberschlesien in letzter Minute abgesagt wurde. Hätte es sich doch dann herausgestellt, welch ein schweres Verbrechen gegen Deutschland die Grenzziehung quer durch Oberschlesien bedeutet.

Trotz größter Mühe können die geschworenen Deutschenfeinde in Deutschland selbst so gar kein Material für die Unterdrückung fremder Minderheiten herbeischaffen. Ist doch soeben erst wieder ein Erlaß des preußischen Staatsministeriums herausgekommen, in dem der dänischen Minderheit im nördlichen Schleswig-Holstein für die Gründung von Schulen sehr weitgehende Rechte eingeräumt wurden. In krassem Gegensatz stehen sich die Arten gegenüber, wie wir unsere Minderheiten behandeln und wie man uns draußen behandelt. Es gibt in Genf eine besondere Kommission für die Regelung des Minderheitenrechts, das doch, wenigstens was die deutschen Minderheiten betrifft, so sehr im argen liegt. Aufatmen würde das gesamte Deutschtum im Ausland, wenn es nur in einem dieser Länder, an die es gegeben ist, derartige Rechte besäße wie die Bürger jener Länder bei uns. Aber nichts ist zu spüren von Gegenseitigkeit und Gleichberechtigung; die Deutschen in jenen Ländern werden überall nur als der Feind behandelt, der mit allen Mitteln auszurotten ist. Noch lange nicht hat das Deutschtum drinnen und draußen den Weg seiner Leiden beendet.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Amerikaanleihe von 20 deutschen Städten.

Zwischen dem deutschen Sparkassen- und Giroverband einerseits und dem Newyorker Bankhaus Harris, Forbes u. Co. anderseits ist eine Anleihe von 15 Millionen Dollar abgeschlossen worden, die unter etwa 20 deutsche Städte verschiedener Größe aufgeteilt werden soll. Unter den beteiligten Städten befinden sich u. a. Nürnberg, Dresden, Kassel, Krefeld, Marburg, Beuthen, Oppeln und Hindenburg. Ferner aber auch eine große Anzahl kleiner Gemeinden. Die Verwendung des Geldes muß nach den Vereinbarungen ausschließlich produktiven Zwecken dienen, insbesondere der Errichtung oder Modernisierung von Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken. Die Anleihe ist für 21 Jahre gegeben, gegen 7 % Zinsen und einem Übernahmekurs von 95 %. Zwischen denselben Firmen schweben bereits Verhandlungen über eine gleiche Transaktion, diesmal vor allem zugunsten einer großen Zahl süddeutscher Kommunen. Es soll hierfür nur noch die Zustimmung der deutschen Genehmigungsbehörde fehlen.

Organisation der Zentrumsdiaspora.

Die Arbeitsgemeinschaft der Zentrumsdiaspora, die auf dem Reichsparteitag des Zentrums in Kassel beschlossen und begründet wurde, hat sich konstituiert. Wie mitgeteilt wird, hat die Arbeitsgemeinschaft die Aufgabe, die Interessen der ihr angeschlossenen Verbände der Zentrumsdiaspora in allen Parteiinstanzen zu vertreten, die Unterstützung des Diasporazentrums in der Gesamtpartei herbeizuführen und den Ausbau der einzelnen Organisationen zu fördern. Auf einmütigen Wunsch der Vertreter übernahm Reichskanzler a. D. Marx den Ehrenvorsitz dieser Arbeitsgemeinschaft. Zum ersten Vorsitzenden wurde einstimmig Ministerialdirektor z. D. Spiecker gewählt.

Frankreich.

× **Eine Wahlniederlage der Linken.** Bei einer in Belfort vorgenommenen Ersatzwahl für die Kammer wurde der ehemalige Abgeordnete Tardieu, einer der Mitarbeiter des „Tigers" Clemenceau, gewählt. Der Wahlkreis war bisher im Besitz der Redikalsozialisten. Der Sieg Tardieus, einer der Verfasser des Versailler Vertrages, wird von der rechtsstehenden Opposition gefeiert. Tardieu wird im Parlament bald wieder eine führende Rolle spielen.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die Rote Fahne teilt mit, daß der Vater des am 25. August 1917 zum Tode verurteilten Oberheizers Max Reichpietsch auf Anraten der kommunistischen Reichstags- und Landtagsfraktion die Wiederaufnahme des Verfahrens beantragt hat.

Berlin. Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Prof. Dr. Otto Hoetzsch, einer der bekanntesten Außenpolitiker des Reichsages, ist fünfzig Jahre alt geworden. Hoetzsch hat das Ordinariat der Berliner Universität für Geschichte und Landeskunde inne.

München. Hier ist kurz vor Vollendung des 85. Lebensjahres der bekannte bayerische Staatsmann Graf von Crailsheim gestorben. Er war von 1890 bis 1903 bayerischer Ministerpräsident und galt als der Exponent der liberalen Ära in Bayern.

Frankfurt a. M. Die Regierung in Wiesbaden hat sich veranlaßt gesehen, die Bevölkerung des Rheingaues vor der Teilnahme an Vergeltungsakten gegen ehemalige Separatisten zu warnen, die in den letzten Wochen wiederholt vorgekommen sind und eine sehr starke Beunruhigung in den Rheingau getragen haben.

Kattowitz. Nach den neuesten Nachrichten hat sich die Zahl der in Oberschlesien durch die polnische Polizei verhafteten Deutschen auf 40 erhöht.

Wien. Wie die „Montagszeitung" meldet, gab der italienische Gesandte dem österreichischen Bundeskanzler im Namen der italienischen Regierung Erklärungen ab, daß von irgendwelchen aggressiven Absichten Italiens Österreich gegenüber keine Rede sei.

Paris. „Echo de Paris" veröffentlicht eine Agenturmeldung aus Bukarest über Zwischenfälle bei den Gemeindewahlen. Danach soll es in verschiedenen Orten zu heftigen Zusammenstößen gekommen sein, in deren Verlauf drei Personen getötet und 20 verletzt wurden.

Rom. Die Internationale Konferenz zum Studium chemischer Düngemittel beendigte ihre Arbeiten und nahm eine Entschließung an, in der der Wunsch ausgesprochen wird, daß die Arbeiten zur Prüfung von Stoffen, die die Fruchtbarkeit erhöhen, vom Internationalen Landwirtschaftlichen Institut durch dessen zuständige Organe fortgesetzt werden.

Mexiko. Die Behörden haben die Absicht, auf Grund einer Verfassungsbestimmung nunmehr alle Priester nichtmexikanischer Abstammung auszuweisen. Mehrere Klöster wurden bereits geschlossen. Von der Ausweisung der Nonnen soll Abstand genommen werden.

Deutscher Schritt bei den Mächten

Der Völkerbund-Generalsekretär in Berlin.

Besprechungen im Auswärtigen Amt.

Der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, ist am Montag in Berlin eingetroffen. Während seines Aufenthaltes in der Reichshauptstadt ist ihm Konsul Poensgen von der Völkerbundabteilung des Auswärtigen Amtes zur Verfügung gestellt worden. Der Generalsekretär wird einige Tage in Berlin weilen, um hier die Einzelheiten für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zu besprechen.

Bereits am Montag nachmittag haben die Konferenzen zwischen Sir Eric Drummond und dem Auswärtigen Amt ihren Anfang genommen. Bei diesen Besprechungen handelt es sich einmal um die Zeremonien, unter denen die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund erfolgen soll, dann aber auch um die Frage der Mitarbeit deutscher Staatsangehöriger im Völkerbundsekretariat. Außer der Stellung eines deutschen Generalsekretärs, für die jetzt der deutsche Gesandte in Warschau, Ulrich Rauscher, genannt wird, kommen für Deutschland noch acht Stellen in Frage. Der Besprechung am Montag werden noch weitere Beratungen folgen, zu denen von seiten des Auswärtigen Amtes auch die anderen beteiligten Referenten, insbesondere der Völkerbundreferent, Geheimrat von Bülow, und der Leiter der Rechtsabteilung, Ministerialdirektor Dr. Gaus, herangezogen werden.

Die neuerdings so heftig umstrittene Frage der Schaffung ständiger Ratsitze ist rein formal den Besprechungen der Kabinette vorbehalten, doch geht man nicht fehl in der Annahme, daß im Auswärtigen Amt mit dem Generalsekretär des Völkerbundes auch über diese Angelegenheit gesprochen werden wird.

Deutschland gegen die Völkerbundintrigen

Meldungen der Auslandspresse ist zu entnehmen, daß die Reichsregierung eine diplomatische Aktion bei den größten Völkerbundmächten unternommen hat, in deren Verlauf die betreffenden Regierungen über die Haltung Deutschlands in der Völkerbundfrage und der Frage der ständigen Ratsitze unterrichtet worden sind. Soweit bisher bekannt, haben solche Schritte in Paris und London stattgefunden. Nach einer Meldung der Londoner Zeitung „Sunday Expreß" hat der deutsche Botschafter in London bei einem Empfang durch Chamberlain zu verstehen gegeben, daß, wenn die Intrigen gegen die Ratsitze fortgesetzt werden sollten, Deutschland seine Stellungnahme zum Völkerbunde einer neuen Prüfung unterwerfen werde. „Das," so bemerkt das Blatt, „könnte das Ende des Locarnopaktes bedeuten."

Wie bekannt wird, lehnen die schweizerischen Regierungen, sowie die schwedische Regierung jede Neuschaffung ständiger Ratsitze im Völkerbund ab. Nur Deutschland solle noch den beim Eintritt in den Völkerbund in Aussicht gestellten Ratsitz erhalten.

Tagung der Mandatskommission in Rom.

Die Mandatskommission des Völkerbundes tritt am 16. Februar in Rom zusammen. In dieser außerordentlichen Tagung werden ausschließlich die Berichte der französischen Regierung über die Verwaltung der unter französischem Mandat stehenden Gebiete in Syrien und in der übrigen Levante geprüft. Den Vorsitz wird Marchese Theodoli führen. Beau-Frankreich wird durch Raume vertreten werden. Der Kommission gehört auch der Schweizer William Rappard an.

Deutscher Reichstag.

(161. Sitzung.) CB. Berlin, 15. Februar.

Das vorläufige Handelsabkommen mit der Türkei wurde zunächst in dritter Beratung debattelos endgültig angenommen. Dann wurde die zweite Beratung des

Haushalts des Reichsverkehrsministeriums

fortgesetzt. Abg. Schütz (Komm.) verlangte die Einstellung größerer Mittel für die Fortsetzung der angefangenen Kanalbauten, die die beste Gelegenheit zu einer großzügigen Erwerbslosenfürsorge bieten. Der Redner richtete dann heftige Angriffe gegen die Reichsbahnverwaltung. Die Korruption hätte dort einen ungeheuren Umfang angenommen, die leitenden Beamten gehörten an die Laterne. Der Redner erhielt wegen dieses Ausspruches einen Ordnungsruf. Die Bestechung hoher Beamter habe es ermöglicht, daß von einzelnen Firmen Millionenbetrügereien an der Reichsbahn verübt werden konnten.

Abg. Keil (Soz.) besprach Fragen der Neckarkanalisation.

Abg. Dr. Wieland (Dem.) begründete einen Antrag auf Besetzung des Postens des Staatssekretärs mit einem Techniker. Auf dem Gebiete des Kraftfahrwesens dürfe das Reich keine Monopole einrichten. Für die kommenden Verhandlungen über die internationale Regelung des Luftverkehrswesens müßten rechtzeitig die geeigneten Sachverständigen eingesetzt werden. Ein Reichsmonopol wäre auch auf diesem Gebiete nicht wünschenswert. In der Automobilbesteuerung müsse das Reich gegen die hohen städtischen Sondersteuern nach Berliner Muster einschreiten.

Abg. Mollath (Wirtsch. Vgg.) wandte sich gegen die übertrieben hohen Anliegerbeiträge zur Wegeunterhaltung. Beim Wohnungsbau für die Beamten des Wasserschutzes sollten die Arbeiten in kleinen Losen vergeben werden, damit auch die Qualitätsarbeit des Handwerks dabei zur Geltung kommen kann. Die baldige Elektrifizierung der Berliner Stadtbahn sei notwendig. Die jetzt teilweise unbenutzten gewaltigen Stromkräfte des Walchenseekraftwerkes sollten zur Elektrifizierung der bayerischen Bahnen noch mehr ausgenutzt werden. Die Bahnhofswirtschaften dürften nicht zu kleinen Warenhäusern gemacht werden, in denen man Tag und Nacht alles bekommen könne.

Abg. Freiherr von Rheinbaben (D. Vp.) verlangte Tarifermäßigungen für den niederschlesischen Bergbau.

Abg. Groß (Ztr.) wünschte Weiterführung der Neckarkanalisierung. Beim Reichswasserschutz sei die Zahl der Vorgesetzten im Verhältnis zu den Mannschaften viel zu groß. Für den Luftverkehr müsse Deutschland endlich die Freiheit erhalten, die ihm gebührt. Auch die schweren jetzt für den Luftschiffbau in Friedrichshafen geltenden Bestimmungen müßten endlich fallen. Auf die Dauer werde aus der Reichsbahngesellschaft ein jährlicher Beitrag von 600 Millionen Mark für Reparationsleistungen nicht herausgeholt werden können. Der Redner verlangte schließlich, um die Rechtsverhältnisse des Eisenbahnpersonals zu verbessern, eine entsprechende Änderung der Reichsbahngesetze.

Reichsverkehrsminister Dr. Krohne

betonte die Schwierigkeiten der Reichswasserstraßenverwaltung, die sich daraus ergäben, daß 80% der deutschen Wasserstraßen in Preußen lägen und daß die Verkehrsinteressen auf diesem Gebiete vielfach in enge Berührung kämen mit den Interessen der Landeskultur. Wenn der Gesetzentwurf über die Organisation der Wasserstraßenverwaltung vorliege, werde sich vieles von dem vorgebrachten Beschwerdematerial erledigen lassen. Das Ministerium sei unschuldig daran, wenn bisher aus Mangel an Anleihemitteln der Ausbau der Wasserstraßen nicht schnell genug vorgenommen werden könnte. Von der Reichsbahnverwaltung werde eine Inventuraufnahme verlangt werden. Das Ministerium habe nicht die Absicht, den freien Wettbewerb der

Kraftwagenverkehrsgesellschaft durch ein Reichsmonopol aufzuheben. Das Reich habe auch immer auf eine Senkung der Anliegerbeiträge hingewirkt. Im Sinne der Anregung des Abg. Mollath wurde schon angeordnet, daß die im Bereich der Reichsbahn liegenden Verkaufsstände sich an die allgemein geltenden Verkaufszeiten halten. Der Minister sei auch immer bemüht gewesen, im Sinne der Forderung des Abg. Frhrn. v. Rheinbaben die Reichsbahnverwaltung zur Berücksichtigung der Notlage des niederschlesischen Bergbaues zu veranlassen. Der Neckarkanal solle ausgebaut werden. Ein internationales Luftverkehrsabkommen werde die Zustimmung der Regierung nur dann finden, wenn es unbedingte Gegenseitigkeit verbürgt.

Ministerialdirektor Gutbrodt äußerte sich über das Unglück im Tunnel bei Oberhof. Der Sicherheitsposten habe die Rotte rechtzeitig gewarnt, aber die Arbeiter seien nicht zur Seite, sondern auf das Gleis getreten. Die Zahl der Eisenbahnunfälle habe sich dem Vorjahr gegenüber vermindert und nähere sich schon wieder der Zahl von 1913. Die deutsche Unfallstatistik der Eisenbahn biete ein weit weniger ungünstiges Bild als die in anderen europäischen Ländern.

Das Projekt der Elektrifizierung der Berliner Stadtbahn sei jetzt neu bearbeitet worden, um eine den Verkehrsbedürfnissen entsprechende und nach den verfügbaren Mitteln mögliche Lösung zu erreichen.

Abg. Stöhr (Völk.) bezeichnete das Reichsbahngesetz als das Kernstück der Dawesgesetze. Schon jetzt zeige sich die Berechtigung der von den Dawesgegnern damals gemachten Voraussage, daß die im Dawes-Pakt Deutschland auferlegten Lasten von der schlechten deutschen Wirtschaft nicht getragen werden können.

Der Reichsverkehrsminister Dr. Krohne erklärte, daß das Gesamteinkommen des Generaldirektors der Reichseisenbahn, nicht, wie in der Debatte behauptet wurde, 250 000 Mark beträgt, sondern noch nicht einmal die Summe von 100 000 Mark erreicht.

Der Abg. Alfers (Wirtsch. Ver.) verlangte Maßnahmen gegen die Uferabbröckelung der Unterelbe.

Darauf wurde die Weiterberatung auf Dienstag vertagt.

Das Erwerbslosenproblem.

Keine zentrale Erfassung der Arbeitslosen

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstags debattierte über eine sozialdemokratische Entschließung, die ein Gesetz verlangt, durch das alle Unternehmungen verpflichtet werden, jede offene Arbeitsstelle dem zuständigen öffentlichen Arbeitsnachweis zu melden. Der Arbeitgeber soll gleichzeitig verpflichtet sein, offene Stellen durch den öffentlichen Arbeitsnachweis zu besetzen, soweit dieser in der Lage ist, geeignete Bewerber nachzuweisen. Die Entschließung verlangte also die zentrale Erfassung der Arbeitslosen und der Arbeitsvakanzen.

Die demokratischen Vertreter im Ausschuß wollten für die Erfassung der Arbeitslosen auch die nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweise im Gesetz für zuständig erklären und lehnten im übrigen den Besetzungszwang ab. Auch das Zentrum ließ durch seine Vertreter aus praktischen Erwägungen jeden Zwang auf dem Gebiete des Arbeitsnachweises ablehnen. In der Abstimmung wurde die sozialdemokratische Entschließung gegen die Antragsteller sowie die kommunistischen und einen Teil der demokratischen Vertreter abgelehnt.

Arbeiten für die Reichsmarine.

Moralische Erfolge unserer Auslandskreuzer.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde über den Marineetat beraten. Dabei wurde eingehend die Vergebung der Arbeiten bei der Reichsmarine besprochen. Abg. Erfing (Ztr.) machte auf die

Umtriebe einer Industrieerzeugnis-A.-G.

aufmerksam, die im Jahre 1921 gegründet worden sei und deren Geschäftszweck die Vertretung erster Firmen bei den Ausschreibungen der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden sein soll, wofür sie eine Provision von 2% verlange. Reichswehrminister Dr. Geßler versicherte, daß die genannte Firma bei der Marine völlig unbekannt sei. Abg. Hünlich (Soz.) bedauerte, daß bei der

Vergebung von Arbeiten

nicht immer an dem Prinzip der öffentlichen Ausschreibung festgehalten werde, sondern daß jetzt mehr und mehr die Übung zur Geltung käme, lediglich einen bestimmten Kreis von Firmen durch besondere Aufforderungen zu Arbeiten heranzuziehen. Redner verlangte die Wiedereinführung eines unanfechtbaren und korrekten Systems der Vergebung von behördlichen Aufträgen. Abg. Dr. Schreiber (Ztr.) erklärte, die Marine habe

wieder seelische Eroberungen gemacht.

Die Fahrten der Auslandskreuzer hätten das Ansehen Deutschlands gesteigert. Die Rekrutierung der Mannschaften müsse sich auf alle deutschen Landschaften verteilen.

Abd-el-Krims Offensivvorbereitungen.

Bibane von den Franzosen geräumt.

Reuter meldet aus Tanger: Nach Informationen aus zuverlässiger Quelle haben die Franzosen Bibane, das im Zentrum der französischen Front liegt und um das wiederholt heftig gekämpft worden ist, unter dem Druck der bevorstehenden Offensive Abd-el-Krims wieder geräumt. Laut einer Meldung der „Times" aus Tanger ist Bibane ein außerordentlich wichtiger strategischer Punkt. Abd-el-Krim benütze, so heißt es in der Meldung weiter, die Regenperiode, die die Straßen ungangbar machte, um eine Offensive zu unternehmen. Alles deute darauf hin, daß ein neuer Feldzug bald wieder einsetzen werde.

Auch von der spanischen Front wird eine Wiederaufnahme der militärischen Aktivität des Gegners gemeldet, dessen Bemühungen zunächst darauf gerichtet zu sein scheinen, die Stämme, die sich im Herbst den Spaniern unterwerfen mußten, wieder erneut zum Anschluß an Abd-el-Krim zu zwingen.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 17. Februar 1926.

□ **Nochmalige Anmeldeaufforderung an den Altbesitz.** Der Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes weist nochmals auf die irrige Ansicht über Befugnis oder Verpflichtung der Bankverbindungen der Altbesitzer von Reichsanleihen hin, daß die Bankverbindungen in der Lage seien, ohne Mitwirkung des Altbesitzers die Aufwertungsansprüche von sich aus anzumelden. Es muß immer wieder darauf aufmerksam gemacht werden, daß Banken, Sparkassen usw. gar nicht die Möglichkeit haben, von sich aus eine Anmeldung vorzunehmen. Vielmehr muß der Altbesitzer bei der Ausfüllung der Antragsvordrucke mitwirken. Die Anmeldefrist läuft Ende Februar ab. Es kann aufs dringendste geraten werden, sich unverzüglich um die Vordrucke zu bemühen und sie bei einer Vermittlungsstelle einzureichen.

—* Der erste diesjährige **Frühjahrspferdemarkt in Essen** findet am 25. und 26. Februar 1926 auf dem städt. Viehhofe statt. Jeder Käufer ist hier einem reichen Angebot, sei es Acker,- Fuhrwerks- oder Luxuspferd gegenüberstellt. Aber auch der Pferdeliebhaber kommt bei einem Besuch des Marktes auf seine Kosten. Die Lage des Marktes inmitten des rhein. westf. Industriegebietes mit den günstigen Bahnverbindungen nach allen Richtungen und der Verlademöglichkeit direkt am Viehhofe, machen Essen zu dem gegebensten Platz für einen blühenden Markt.

*) **Ennepe,** 15. Febr. Für Samstag abend hatte der M.-G.-V. „Germania" Hohenplanken 1875 seine aktiven und passiven Mitglieder zu einer gemütlichen Zusammenkunft im Vereinslokal Emil Schulte eingeladen. Der Einladung war man gerne und zahlreich gefolgt, da ja alle Veranstaltungen des Vereins, ob geschlossen oder öffentlich, von jeher als harmonisch und gemütlich bekannt sind. Gegen 8 Uhr eröffnete der Musikverein Radevormwald den Abend. Mit den Vorträgen der Musik wechselten Gesang, Theaterstücke usw. des Vereins. Besonders müssen wir den Fleiß der Theaterspieler anerkennen, denn die Zeit für ihre Uebung war ziemlich kurz bemessen, dennoch wurden die Stücke sehr gut wiedergegeben, was ja auch der reich gespendete Beifall bekundete. Bei dem reichhaltigen Programm, welches ohne Unterbrechung abgewickelt wurde, flossen die Stunden schnell dahin. — Wie schon immer, so traten auch an diesem Abend wieder die gar zu eng begrenzten Räumlichkeiten stark in Erscheinung. Durch die ständig steigende aktive und passive Mitgliederzahl genügen die Räume sogar bei geschlossenen Feiern bei weitem nicht. Es wäre daher im Interesse des Vereins sowie des Wirtes angebracht, sich bezgl. der Anbaufrage, die schon im vorigen Jahre vielfach besprochen wurde, klar zu werden.

= **Kierspe-Bhf.,** 15. Febr. Der Klempnermeister Ernst Hesendebl, Kierspe, wurde von der Klempner- und Installateur-Zwangsinnung zum Ehrenmitglied ernannt.

Hagen, 16. Febr. Superintendent zur Nieden †. Im Alter von 83 Jahren starb Superintendent Wilhelm zur Nieden der über 50 Jahre in Hagen als evangelischer Pfarrer amtierte. Er galt als hervorragender Kenner der plattdeutschen Sprache und war als Heimatschriftsteller weit über die Genzen seiner engeren Heimat hinaus bekannt.

Hohenlimburg, 15. Febr. Eine Hochwassertafel aus dem Jahre 1834. Anläßlich des letzten Hochwassers ist in den Erlen, am Hause des Hufschmiedemeisters Rummenholl, eine Hochwassermarke aus dem Jahre 1834 entdeckt worden, die nur fünf Zentimeter niedriger als der letzte Hochwasserstand anzeigt.

Plettenberg, 15. Febr. Ein Kind von einem Gänserich verwundet. Das 5jährige Kind der Familie Schr. am Graben in Eiringhausen wurde von einem Gänserich auf dem neuen Weg nach Affeln überfallen, zu Boden geworfen und gefährlich gebissen, als es ausgeschickt war, um Kolonialwaren zu holen. Zwei Arbeiter befreiten das Kind aus seiner gefährlichen Lage und nahmen das böse Tier fest. Die Besitzerin aber machte es zur Strafe einen Kopf kürzer und beförderte es dann in die Bratpfanne.

Sitzung der Gemeindevertretung Lüdenscheid.

Lüdenscheid, 14. Februar 1926.

In der ersten Sitzung der Gemeindevertretung Lüdenscheid-Land am 11. Febr. begrüßte Amtmann Krumm die Gemeindeväter im neuen Jahr. Nach Erledigung eines Einbürgerungsantrages wurden einige Wahlen vorgenommen. Für die Bauerschaft Winkhausen, und zwar für den Bezirk Lösenbach, Mark, Othlinghausen (die sogen. Insel) hat sich die Wahl eines weiteren Pflegers als notwendig erwiesen. Gewählt wurde Lehrer Schulte, Othlinghausen. Für den am 19. 11. 25 verstorbenen Vertr. A. Sassenberg, der Mitglied des Finanzausschusses war, wird Vertr. W. Schulte gewählt. Nachdem der stellvertr. Bauerschaftsvorsteher J. Bräker, Othlinghausen, am 19. 11. 25. gestorben ist, wird an dessen Stelle W. Lösenbeck gewählt. Es liegen 3 Anträge auf Gewährung von Hauszinssteuerhypotheken vor. Amtmann Krumm teilt mit, daß bereits 53 000 Mark bewilligt seien, die Eingänge für diesen Zweck betrugen 40000 Mk., sodaß 13000 Mk. aus anderen Mitteln zu entnehmen waren. Ueber Anträge und die Zweckmäßigkeit der Bewilligung entspann sich eine längere Debatte. Bei dieser Gelegenheit macht Vertr. Wolkewitz darauf aufmerksam, daß in neuen mit Inanspruchnahme der Hauszinssteuerhypotheken erbauten Häusern vereinzelt die Wohnungen zu Preisen vermietet wurden, die kein gewöhnlicher Sterblicher entrichten könne, sodaß schließlich das Wohnungsamt diesen Wohnungen kein erhebliches Interesse mehr abgewinnen könne, da die dringendsten Wohnungssucher durchweg Leute seien, die unmöglich 25 Mk. pro Zimmer und Monat zahlen könnten. Das Endresultat der lebhaften Aussprache war, daß dem Landwirt Eick, Werminghausen, dessen Bau schon weit vorgeschritten ist, aber wegen Geldmangel nicht vollendet werden kann, die Gewährung der beantragten Summe von 8000 Mk. mit der Maßgabe in Aussicht gestellt wird, wenn er sich verpflichtet, dem Wohnungsamt eine neuerbaute Dreizimmerwohnung und eine Altwohnung von 3 Zimmern zu angemessenem Mietssatze zur Verfügung zu stellen.

Zu einem Antrag der kommunistischen Fraktion betr. Hochwasserschäden macht Amtmann Krumm interessante Mitteilungen. Die gemeldeten Hochwasserschäden, die sich auf Wege, Dämme, Brücken usw. beziehen, belaufen sich auf 47000 Mk., ferner, die sich auf Einzelbeschädigte beziehen, auf 167300 Mk. Erst die enorm hohe Summe hat es ermöglicht, daß der Kreis überhaupt in die staatliche Notstandsaktion mit hineingenommen wurde. Von den 20000 Mk., die auf den Kreis entfallen, erhält das Amt Lüdenscheid 3300 Mk. Diese horrende Summe ist laut Beschluß der Amtsvertretung auf die beiden Gemeinden Lüdenscheid-Land und Hülscheid 3 zu 1 aufzulösen. In Anbetracht der geringen Summe wird von der beantragten Wahl einer Kommission zur Abschätzung der Schäden abgesehen und das Wohlfahrtsamt mit der Sache betraut. Ein kommunistischer Antrag, sofort Notstandsarbeiten, unter Bewilligung des Tariflohnes, in

Um zwei schöne Augen.

57] Roman von H. Abt.

Wiemanns Zeitungs-Verlag. Berlin W. 66. 1925.

„Nein doch, Heinz, ich weiß ja nichts — ich" —

Er hörte sie nicht, sah sie nur so ängstlich, scheu und schuldbewußt. Wie ein roter Nebel senkte sich's vor ihm hernieder. Er schleuderte ihre Hand zurück, und in seiner donnernden Stimme war ein Ton, wie sie ihn noch nie zuvor von ihm gehört.

„Adele! Du hast um deiner Mutter Gang zu meinem Vater gewußt."

Zunächst empfand sie nichts anderes, als das Entsetzen darüber, daß ihre bange Ahnung zur Gewißheit geworden war, dann kam die Furcht, daß Heinz auch ihr zur Last legen werde, was die Mutter getan. Die Worte, die erklären wollten, überstürzten sich ihr, verwirrten sich in der Hast, ihn zu beruhigen.

„Nein doch, nichts hab' ich gewußt, nur so eine Ahnung kam mir auf ihren Brief hin, aber da war der meine an sie schon fort, und ich hatte sie doch gebeten und angefleht, nichts zu tun."

„Du hast's gewußt!" Wie ein Hammer fiel noch einmal seine Stimme auf sie nieder. „Ein gemeinsam abgekarteter Plan! Das Aergste, das mir einer antun konnte, kommt mir durch dich. Gewußt hast du's, hast mir das antun lassen, dir selber das antun lassen. Hast ihnen so recht gegeben mit ihrer Schätzung für dich."

Sie wurde unter seinen Anschuldigungen immer verstörter. „Ich habe keine Schuld daran. Glaub mir doch nur, Heinz! Was auch meine Mutter getan hat, ich habe keine Schuld daran!"

„Dir glauben! Und die verlogene Heimlichkeit der Briefe, die du hinter meinem Rücken wechselst? Warum hast du vor mir nicht die Ehrlichkeit, die jede anständige Frau vor ihrem Mann haben muß?"

„Es war ja nur der eine Brief, und ich hätt' ihn dir ja auch nicht verheimlicht, aber ich hatte Angst —"

„Angst hattest du!" — Er riß ihr das Wort von den Lippen, um die seinen zerrte ein höhnendes Lächeln, von Kopf zu Fuß sah er sie an, und ein wildes Gefühl toste in ihm empor, als müßte er einschlagen auf sie, die da Angst hatte vor ihm — vor ihm, der ihr seines Lebens bestes, der ihr sein Leben gegeben hatte, es vielleicht vergeudet hatte an eine, deren ganze Liebe nichts weiter war als kleine, feige, erbärmliche Angst! —

Sie verstand nicht, was in ihm vorging, womit er in dem Aufruhr der Empfindungen, in den seines Vaters Brief ihn gestürzt, sich selber peinigte, glaubte, nur der Inhalt des Briefes habe ihm diese immer mehr sich steigernde Erregung geschaffen. Er aber sah sie nur unverwandt an, mit dem Blick, der sie ganz verhetzte. Wie sie Angst hatte, sich nichts zu sagen, nichts zu fragen traute, wie das kleine Mädchen sich nicht sein Weibesrecht zu nehmen traute, dastand wie das böse Gewissen! Und überzeugter noch als zuvor kam es ihm wieder: ein abgekarteter Plan, und wenn nicht in allen Einzelheiten abgekartet, doch gemeinsam erwogen, gut geheißen von ihr, gut gemeint in ihrem Mitleiden für ihn und doch vielleicht hinterher verworfen, weil sie plötzlich Angst hatte. Die Mutter aber hatte sich nicht an die nachträgliche Angst gekehrt.

Adele hob die gefalteten Hände gegen ihn. „Heinz, sag mir doch erst, was geschehen ist. Ist's denn nun wirklich so schlimm, was meine Mutter getan hat? Aber aus böser Absicht hat sie's doch ganz gewiß nicht getan."

Da, jetzt kam das töchterliche Gefühl, das in Schutz nehmen, verteidigen wollte. Sollte er ihr den Brief hinwerfen, daß sie es selber las, was ihn so tief daran getroffen hatte? Nicht der verächtliche Hochmut, der in Frau Eberhardine Nuding die verkörperte Gewöhnlichkeit sah, aber die Selbstverständlichkeit der Annahme, Adele könne gar nichts anderes sein als die Tochter ihrer Mutter. Und dann das väterlich Gute im Ton, das mitleidige Erbarmen, das seine Liebe zu einem Dummenjungenstreich herabdrückte, für den er nun wohl genug gestraft war. Aber wenn sie's las, sie würde die Schmach, die dieser gute Brief ihr und ihm antat, ja wohl gar nicht empfinden, würde ihn nur wieder ansehen mit den ängstlichen Augen und fragen: „Ist's denn wirklich so schlimm?"

Er lachte gell hinaus. „Schlimm? Aber im Gegenteil, ich sagt's ja schon, die Fürbitte hat gute Arbeit getan. Es ist ein Brief voller Gnade. Und nur eine einzige kleine Bedingung ist noch an die verheißene Gnade geknüpft."

Ihre Hände zuckten nach dem Herzen, ihre Stimme hatte blechernen Klang.

„Die Bedingung, daß du dich von mir trennst —"

„Das weißt du also auch schon? Und wie glatt dir's vom Munde geht. Hast's wohl auch schon mit der Mutter besprochen gehabt, wärst vielleicht ganz damit einverstanden?"

Sie wich zurück vor ihm. Was jetzt in ihren Augen stand, war nicht länger Angst, es war Furcht vor dem wilden Drohen in seinem Blick.

Er kam ihr nach, stand vor ihr, fast Brust an Brust.

„Antworte! Du warst damit einverstanden? Tätest es, könntest es tun? So sag doch ja!"

Ihre stummen Lippen bebten. Heftiger wurde sein Drohen. „Sag ja! Du könntest's tun! Sag, daß du's könntest!"

„Ja — wenn's dein Glück wäre!" Jeder Blutstropfen war aus ihrem Gesicht gewichen.

In das seine schlug lodernde Glut, fraß ihm ins Hirn hinein und verbrannte ihm die Besinnung.

„Du könntest's tun? Heut also könntest du's? Warum hast du's denn früher nicht gekonnt? War damals das gebotene Schmerzensgeld nicht groß genug?"

„Heinz — erbarm dich doch!"

Ihr Flehen trieb ihm die Glut noch tiefer ins Hirn. „Erschlagen würd' ich dich, eh' ich dich freigäbe. So recht sollten sie nicht behalten. Jetzt halt nur aus. Und wenn's nur noch Unglück gäbe zwischen uns, wir bleiben beieinander."

„Lach doch, lach ihm seine törichten, wilden Worte tot, küß sie ihm tot. Fürcht dich doch nicht." Die Liebe rief es und duckte sich doch scheu unter der Furcht, unter den Qualgedanken: Er hat zu viel um dich aufgegeben, ihm muß ja eines Tages die Reue kommen, und er wird aus Trotz und Stolz vor anderen die Reue nie bekennen.

(Fortsetzung folgt.)

Welt und Wissen.

w. **Türkische Kalenderreform.** Die angekündigte Kalenderreform in der Türkei ist ab 1. Januar d. J. Tatsache geworden; es besteht nun kein Unterschied mehr zwischen der europäischen und der türkischen Zeitrechnung. Die Mondmonate, welche für die Bestimmung der religiösen Feiertage maßgebend sind, werden vom meteorologischen Observatorium festgesetzt und können im privaten Leben gebraucht werden. Ab 1. Januar ist auch der Vierundzwanzigstundentag in Kraft getreten.

Spiel und Sport.

Sp. **Paolino — kampfunfähig.** Im Kampf mit Franz Diener hat sich der spanische Schwergewichtsmeister Paolino eine erhebliche Verletzung der linken Hand zugezogen. Nach dem ärztlichen Befund stellt sich die Verletzung als ein Bluterguß auf dem Handrücken im Grunde des dritten Mittelhandknochens mit einem wahrscheinlichen Anbruch des Knochens dar. Für die nächsten Wochen ist daher Paolino außer Kampf gestellt, da er längere Zeit das Training nicht wird aufnehmen können.

Sp. **Deutsch-französischer Fußballwettkampf.** In Paris fand ein Fußballwettkampf zwischen einer Pariser und einer Kölner Mannschaft statt. Die Kölner siegten mit 3 : 1 (Halbzeit 1 : 0).

N. Fußball. In Berlin fand vor zirka 20 000 Zuschauern das schon längst mit Spannung erwartete Treffen zwischen dem Berliner Meister „Hertha BSC." und „Tennis Borussia" statt. Nach aufregendem Spielverlauf siegte die stets etwas besser spielende „Tennis Borussia" mit 4 : 1 (1 : 1). — Der Hamburger Sportverein schlug seinen schärfsten Gegner Altona 93 mit 5 : 4 und wurde dadurch Hamburger Meister. — Die Spiele um die süddeutsche Meisterschaft nahmen ebenfalls ihren Fortgang. Überall gab es die erwarteten Resultate, denn Fürth konnte Saarbrücken mit 5 : 1 schlagen und auch Bayern-München siegt mit demselben Ergebnis gegen Hanau 93. — Der „Karlsruher FV." verlor gegen „V. f. R. Mannheim" knapp mit 0 : 1. — In Westdeutschland gelang es Turu-Düsseldorf, Arminia-Bielefeld 3 : 1 zu schlagen.

N. **Berlin schlägt Hannover im Hockeykampf 7 : 1.** Der Hockeystädtekampf zwischen Berlin und Hannover in Berlin endete mit einem glatten Siege der Berliner Mannschaft 7 : 1. Bereits zur Pause stand das Spiel 4 : 0.

Sp. **Vom Breslauer Sechstagerennen.** In Breslau kam es zu einem sensationellen Ereignis in dem Sechstagerennen. Die bisherige Spitzengruppe wurde gesprengt. Rieger-Knappe und Thomas-Martin verloren eine Runde. In der Spitzengruppe verbleibt allein die Mannschaft Saldow-Bauer.

Kongresse und Versammlungen.

k. **Die deutsch-österreichische Tagung in Leipzig.** Anläßlich der deutsch-österreichischen Tagung, die in Leipzig von dem deutschen Hochschulring veranstaltet wurde, sprach Geheimrat Prof. Brandi-Göttingen über die Notwendigkeit eines gemeinsamen deutschen Bildungsideals, das das in Mitteleuropa zerstreute Deutschtum verbinden müsse. Abg. Leopold-Berlin sprach über die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit der deutschen und der österreichischen Wirtschaft in Mitteleuropa. Vor allem sei es eine Lebensfrage auch der österreichischen Wirtschaft, in einem größeren Wirtschaftsgebiet Aufnahme zu finden. Weiter sprach der Präsident des Reichslandbundes, Abg. Hepp, über die Bedeutung der deutschen Landwirtschaft für das Gesamtdeutschtum. Auf dem Gebiete der Landwirtschaft, so führte er aus, ständen einer Zollunion mit Österreich keine Schwierigkeiten entgegen.

k. **Erster Gewerkschaftstag der Nationalen Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner.** In Berlin fand der erste Gewerkschaftstag der Nationalen Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner statt. Der Vorsitzende Ludwig Büttemeier erklärte u. a., daß nur eine unbelastete nationale Gewerkschaftsbewegung in der Eisenbahnerschaft, die gewillt ist, den unerbittlichen Kampf gegen das Dawes-System zu führen, die Kraft aufbringen könnte, die Eisenbahn in die Hand des deutschen Volkes zurückzuführen.

k. **Deutscher Volkstag in Aussig.** In Aussig an der Elbe fand unter Teilnahme zahlreicher sudetendeutscher Abgeordneter, Senatoren, Bürgermeister und Gemeindevertreter aus allen Teilen Deutschböhmens ein deutscher Volkstag statt, der sich zu einer großen Kundgebung des sudetendeutschen Volkes gegen die von der tschechischen Regierung erlassene Sprachenverordnung gestaltete.

Arbeiter und Angestellte.

Berlin. (Stillstand der Arbeitslosenziffer.) Der Arbeitsmarkt in Groß-Berlin weist in seiner Entwicklung gegen die Vorwoche keine erhebliche Veränderung auf. Die Zahl der Arbeitsuchenden ist auf rund 233 000 gestiegen. Das bedeutet gegenüber der Vorwoche einen Zugang von rund 6000. Bemerkenswert ist, daß hieran Facharbeiter nur in ganz geringem Maße beteiligt sind. Kurzarbeit sowie Betriebseinschränkungen und -schließungen sind noch immer nicht zum Stillstand gekommen. Die weitere Entlastung des Arbeitsmarktes durch Notstandsarbeiten wurde durch die Witterungsverhältnisse behindert.

Berlin. (Schiedsspruch-Verbindlichkeit im Bankgewerbe.) Wie der Deutsche Bankbeamtenverein mitteilt, hat der Reichsarbeitsminister den am 3. d. M. gefällten Schiedsspruch, der den Reichsmanteltarif bis zum 28. Februar 1927 verlängert und eine Gehaltsfestsetzung wie eine Arbeitszeitregelung bis zum 30. September d. J. vorsieht, für verbindlich erklärt. Der Schiedsspruch war vom Reichsverband der Bankleitungen und von dem freigewerkschaftlichen Angestelltenverband abgelehnt, von den drei sonst noch beteiligten Arbeitnehmerorganisationen angenommen worden.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Beginn des Kutisker-Prozesses am 12. April.** Nach mehr als einjähriger Untersuchung ist der Prozeß gegen Iwan Kutisker und Genossen vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte auf den 12. April angesetzt worden.

§ **Wegen Mordes zum Tode verurteilt.** Das Schwurgericht in Braunstein verurteilte den Hilfsarbeiter Hilpert zum Tode. Hilpert hat in einem Walde bei Töging seine in anderen Umständen befindliche Geliebte Therese Huber auf bestialische Weise ermordet.

§ **Vier Monate Gefängnis für Kommerzienrat Ganz.** In dem Berufungsverfahren gegen den Kommerzienrat Ganz, den Generaldirektor der Ludwig Ganz A.-G. in Mainz, der seine Firma in der Inflation durch Spekulationen um große Summen geschädigt hatte, wurde nach viertägiger Verhandlung in Wiesbaden das Urteil gesprochen. Ganz wurde zu 4 Monaten Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe sowie in die Kosten des Verfahrens verurteilt. Der als Zeuge vernommene Reichsbankpräsident Schacht hatte Ganz während der Verhandlungen ein glänzendes Zeugnis ausgestellt.

§ **Fünf weitere Fememordprozesse bevorstehend.** In der nächsten Zeit werden fünf weitere Femmordprozesse stattfinden, und zwar drei in Berlin und zwei in Landsberg a. W. Bei den Berliner Prozessen handelt es sich um die Fälle Wilms, Legner und Sand. In Landsberg werden die Morde an dem Gefreiten Gröschke und dem Unteroffizier Brauer verhandelt, die bei Küstrin erschossen wurden.

§ **Ein vertrauenswürdiger Droschkenchauffeur.** Vor dem Großen Schöffengericht in Stettin hatte sich der Droschkenchauffeur Guse, der von einem von auswärts gekommenen Kupferschmied den Auftrag erhalten hatte, ihn nach einem bestimmten Lokal zu fahren, zu verantworten. Als der Kupferschmied zum Bahnhof zurückgebracht werden wollte, fuhr der Chauffeur den Fahrgast auf eine dunkle Chaussee, wo er ihm das Geld abnahm und ihn in den Chausseegraben warf. Guse war geständig, will jedoch in der Trunkenheit gehandelt haben. Das Gericht verurteilte ihn zu anderthalb Jahren Gefängnis.

§ **Holzmann soll vernommen werden.** Im Holzmann-Bartels-Prozeß nahm Staatsanwaltschaftsrat Ziegel zunächst zu dem Antrag der Verteidigung Stellung, Holzmann als Zeugen zu laden. Er erkläre sich für die Staatsanwaltschaft mit der Vernehmung Holzmanns einverstanden und betonte, daß dessen schleunige Auslieferung aus Brüssel, wo er verhaftet worden ist, mit allen Mitteln betrieben werde. Weiter erklärte der Staatsanwalt, der Zeuge Minzer habe erklärt, aus wichtigen geschäftlichen Gründen wieder nach Paris reisen zu müssen. Da er aber wahrscheinlich noch zu mehreren Punkten gehört werden müsse, soll er vor seiner Abreise durch einen Kommissar protokollarisch vernommen werden. Nach kurzer Beratung erklärte sich das Gericht mit dem Antrage des Staatsanwalts einverstanden, worauf die Verhandlung bis Dienstag ausgesetzt wurde.

Börse und Handel.

Amtliche Berliner Notierungen vom 15. Februar.

* **Börsenbericht.** Die Kauflust hielt sich am Effektenmarkt in engen Grenzen, gleichwohl blieb die Grundstimmung fest. Ein größeres Geschäft entwickelte sich dagegen wieder am Markt der inländischen Anleihen, wo ausgesprochene Hausse herrschte. Kriegsanleihe war vorübergehend bis auf 0,417 gestiegen, um sich dann auf 0,425 einzustellen. Am Geldmarkt herrscht Geldüberfluß: tägliches Geld 4,5—6,5 %, monatliches Geld 7—8 %.

* **Devisenbörse.** Dollar 4,19—4,21; engl. Pfund 20,39—20,45; holl. Gulden 168,10—168,52; Danz. 80,90 bis 81,10; franz. Frank 15,44—15,48; belg. 19,07—19,11; schweiz. 80,80—81,00; Italien 16,91—16,95; schwed. Krone 112,28—112,56; dän. 109,26—109,54; norweg. 87,46 bis 87,68; tschech. 12,41—12,45; österr. Schilling 59,02 bis 59,16.

* **Produktenbörse.** In der Geschäftslage des diesseitigen Getreidemarktes hat sich wenig geändert. Vom Auslande lagen wieder allgemein etwas schwächere Nachrichten vor, die im Zeitgeschäft nicht ganz wirkungslos blieben. Andererseits hielt sich aber das inländische Angebot ebenso zurück als bisher, und wenn auch die Nachfrage verhältnismäßig klein ist, so wird doch durch die Steifheit der Forderungen dem Markt einige Stütze geboten. Von Auslandsweizen war besonders Manitoba wieder in den Forderungen entgegenkommend. Während für Weizen der Export noch einige Ansprüche stellt, waren solche für Roggen immer geringer. Der Mehlverkauf bleibt gleich schwierig wie bisher. Hafer ist nur in guten Qualitäten unterzubringen und noch mehr ist dies bei der Gerste der Fall. Das in beiden Getreidearten zahlreich offerierte geringe Material bleibt dauernd vernachlässigt. Futterartikel lustlos.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark:

	15. 2.	13. 2.
Weiz., märk.	245-248	245-248
pommersch.	245-248	245-248
Rogg., märk.	144-149	145-150
pommersch.	144-148	145-149
westpreuß.	—	—
Braugerste	166-192	166-194
Futtergerste	138-154	138-156
Hafer, märk.	155-166	155-166
pommersch.	—	—
westpreuß.	—	—
Weizenmehl p. 100 kg fr. Bln. br. inkl. Sack (feinst. Mrk. u. Not.	32-35.2	32-35.2
Roggenmehl p. 100 kg fr. Berlin br. inkl. Sack	21 7-23 7	21 7-23 7

	15. 2.	13. 2.
Weizkl. f. Brl.	10.5	10 5-10.7
Rogkl. f. Brl.	9.2-9.4	9.3-9.5
Raps	340-345	340-345
Leinsaat	—	—
Vikt.-Erbsen	26-34	26-34
kl. Speiseerbs.	23-25	23-25
Futtererbsen	21-23	21-23
Peluschken	20,5-21,5	20,5-21,5
Ackerbohnen	19,5-20,5	20-21
Wicken	21,5-23,5	22-24
Lupin., blaue	12-13	12-13
Lupin., gelbe	14-15	14-15
Seradella	20-22	20-22
Rapskuchen	14,5-14,8	14 8-15
Leinkuchen	19,9-20,0	20,0-20,2
Trockenschzl.	8,1-8,2	8,1-8,2
Soya-Schrot	18,8-19,0	18,9-19,0
Torfml. 30/70	—	—
Kartoffelflck.	13 8-14,3	13-9-14 4

* **Eierbörse.** a) Für inländische Eier: frische Inlandseier über 55 Gramm 18 Pfg., frische Inlandseier unter 55 Gramm 15 Pfg.; b) für ausländische Eier: große Eier 17—18 Pfg., normale Eier 13—15 Pfg., kleine und Schmutzeier 10—11 Pfg. Witterung naßkalt. Tendenz abwartend

* **Passivität der amerikanischen Handelsbilanz im Januar.** Zum erstenmal sei langem ist die Handelsbilanz der Vereinigten Staaten im Januar passiv geworden. Die Einfuhr betrug 414 Millionen, die Ausfuhr 399 Millionen Dollar. Es ergibt sich also ein Einfuhrüberschuß von 15 Millionen Dollar gegenüber einem Ausfuhrüberschuß von 100 Millionen Dollar im Januar 1925. Die passive Handelsbilanz ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß die Baumwollausfuhr um 326 000 Ballen zurückging, daß gleichzeitig die Baumwollpreise fielen und der Wert der Einfuhr sich durch das Steigen der Kautschukpreise erhöhte.

Städtischer Viehhof Elberfeld.

Elberfeld, 15. Februar. Auftrieb 574 Stück Großvieh, davon — argentinischer Herkunft, davon 229 Ochsen, 31 Bullen, 298 Färsen und Kühe, 16 Fresser, 2490 Schweine, 486 Kälber, 7 Schafe. Preise für 1 Pfd. Lebendgewicht, 1. Rinder: Ochsen a. 53—55, b. 50—52, c. 38—45, d. 30—35. Bullen a) 48—50, b) 40—50, c) 35—38, Färsen und Kühe: a) 50—52, b) 46—48, c) 35—42, d) 28—34, e) 20—26. Jungvieh: a) 35—38. 2. Kälber: a. — b 70—75, c 60—65, d. 50—55, e. 40—50. 3. Schafe: Weideschafe: a) — , b. — . 4. Schweine: a. —, b. 83—84, c. 82—83, d. 80—81 e. 70—78, f. 65—75 Pfg.

Tendenz des Marktes: Großvieh langsam, Kälber mittel, Schweine lebhaft ausgesuchte Tiere über Notiz. Aus dem Auslande wurden in der vergangenen Woche eingeführt: 164 Rinderviertel und 31 Kälber.

☞ Einem Teil der heutigen Ausgabe unserer Zeitung liegt eine Beilage der Firma **Paul Niemann, Lüdenscheid** bei, worauf wier hiermit aufmerksam machen.

Schriftleitug: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

Landwehr-Verein Oberbrügge.

Zur Beerdigung unseres langjährigen Mitgliedes

Otto Berghaus
aus Köln

(auf dem Familienbegräbnis in Oberbrügge) treten die Kameraden am Donnerstag, den 18. d. M. nachm. 4 Uhr beim 1. Vorsitzenden an.

Der Vorstand.

Verkaufe sofort nur in **gute Hand** mein fehlerfreies, gesundes, starkes

Belgisches Pferd
nebst gutem Sattelzeug.

Carl Vollmer,
Kierspe-Bhf

Ia Eiderfett-Käse
9 Pfd. **Mk. 6.-** franko
Dampfkäsefabrik.
Rendsburg.

Einhol-Körbe
usw. usw.
empfiehlt
Wilh. Bell jr
Halver.

Danksagung.

Für die uns beim Hinscheiden unserer teuren Entschlafenen bewiesene vielseitige liebevolle Teilnahme sowie für das zahlreiche Grabgeleit und für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrer Lindemann am Grabe sagen wir unseren

herzlichsten Dank.

Geschwister Lechleitner.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heimgange unseres lieben Entschlafenen sagen wir allen unsern herzlichsten Dank.

Hagen i. W., den 15. Febr. 1926.

Familie Reinh. Kürten.

Oeffentliche Steuermahnung.

Die bis jetzt fällig gewordenen, an die unterzeichnete Kassenverwaltung zu entrichtenden **Steuern und anderen Abgaben nebst den gesetzlichen Verzugszuschlägen sind spätestens bis zum 20 d M.** zu entrichten. Vom folgenden Tage **ab** werden die Rückstände nebst Kosten im Wege der Zwangsvollstreckung beigetrieben

Halver, den 16. Februar **1926.**

Kassen des Amtes Halver.

Inserieren bringt Gewinn!

Evangelisationsvorträge
im Saale der freien evang. Gemeinde Halver, Berlinerstr.

Von Donnerstag, den 18. bis Montag, den 22. Febr. jeden Abend 8 30 Uhr.

Redner: Prediger Zöller, Opladen.

Jedermann ist herzlich eingeladen.

Hugo Nieding
Halver-Eichholz 4.
Konfirmanden-Anzüge
Melton u. Kammgarn-Cheviot
in den Größen 6—43, 2 u. 3-teilig, mit kurzer oder langer Hose, gute Verarbeitung von **18 bis 40 Mk.**
Bestellungen erbitte hierin bis zum 21. Febr.

Solinger Stahlwaren
Haarschneidemaschinen,
Rasier-Messer,
Rasierapparate,
Reserveklingen
empfiehlt
Wilh. Bell jr.,
Halver i. Westf.

Sonnabend, d. 20. d. M.
6 Uhr im Haus zur Fuhr Halver
Deutscher Abend
Lichtbilder-Vortrag
des Herrn A. Schwintzer-Hagen
„Was wir verloren haben."
ferner
Vorträge und Darbietungen von Bürgern und Bürgerinnen aus der Gemeinde Halver.

Zu dieser Veranstaltung wird hiermit die vaterländisch gesinnte Bürgerschaft freundlichst eingeladen. Das Anlegen von Orden und Ehrenzeichen ist erwünscht.

Programm 50 Pfg.

Ortsgruppe Halver der Deutschnationalen Volkspartei.



Flügel -- Pianos
der Hofpianofabriken
Ibach, Schiedmayer & S., Schwechten, Berdux, Mand, Irmler, Zeitter u. Winkelmann etc.
Fernruf 4165. Bequeme Zahlg. Freie Liefergr.
Dr. KOMP & MICHAEL, HAGEN i. W.
Das Haus der Marken-Klaviere
Weststraße 2. Ecke Karlstraße,

Berg. Märk. Milchproduzentenverband für Kierspe, Meinerzhagen u. Umgegend.

Am **Sonnabend,** den **20. Februar** nachm. 5½ Uhr findet im Hotel **Rudolf Cramer, Kierspe-Bhf.** unter dem Vorsitzenden Herrn Förster, Bohwinkel eine

Haupt-Versammlung

statt.

Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Molkereigenossenschaft Kierspe-Bhf.

Zum 15. März suche eine

Kontoristin

die in der Buchhaltung tüchtig, Stenographie u. Schreibmaschine vollkommen beherrscht.

Angebote unter Nr. **K 1500** an die Geschst. des **Allg. Anz. Halver.**

Die neuen
Lesebücher
für Volksschulen
I. II u. III Teil
sind wieder vorrätig
in der **Buchhandlung**
Wilh. Bell jr. Halver.